



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Zeile 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 166. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 7. April 1876.

Deutschland.

Berlin, 6. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich belgischen Hofe, Grafen von Brandenburg, den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Oberpfarrer Hengen zu Essen im Kreise Grevenbroich den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Geheimen Registrator, Cansleirath Krause im Kriegsministerium, dem königlichen Kronenorden vierter Klasse; sowie den Feuerwächtern Rudolf Bischoff und Karl Schröder von der Feuerwehr in Berlin die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reichs den Vize-Consul Dr. Martenson in Libau und den Kaufmann Com. Mahler in Windau zu Consuln des Deutschen Reichs ernannt.

Dem Kaiserlichen Vize-Consul Dr. Reitz zu Buxtehude ist in seiner Eigenschaft als Verweiser des dortigen General-Consulats auf Grund der Gesetze vom 4. Mai 1870 § 1 und vom 6. Februar 1875 § 85, für das dortige Amtsgebiet, einschließlich des Bezirks von Rastisch, die allgemeine Ermächtigung erteilt worden, bürgerlich gültige Geschickungen von deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen vorzunehmen, und die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle von deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen zu beurkunden.

Se. Majestät der König hat den Second-Lieutenant im Königs Husaren-Regimente (1. Rheinisches) Nr. 7, Carl Faber Scharfberg, geodet, den bisherigen Bau-Inspecteur Hermann Lehmann in Berlin zum Regierungs- und Bau-Rath ernannt, und den Stadtrath, Buchhalter Otto Schittke zu Spremberg, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Spremberg für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Der kaiserliche Eisenbahn-Maschinenmeister Wilhelm Volkmar zu Straßburg ist zum Eisenbahn-Dezernenten-Maschinenmeister bei der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen in Elbstadt ernannt worden. — Der Gymnasiallehrer Hermann von Schöner in Rastenburg ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Straßburg i. Westpr. berufen worden.

Dem künftigen Reichs- und Bau-Rath Lehmann ist die Stelle eines solchen bei dem künftigen Polizeipräsidium in Berlin verliehen worden. Der bei der künftigen Direction der Oberschlesischen Eisenbahn beschäftigte frühere Gerichts-Assessor Hermann Möllhausen ist zum Regierungs-Assessor ernannt worden. — Dem bisher mit der Leitung des Baues eines Fischer-Zustellbahns auf Greifswalder Die, Regierungsbezirks Stralsund, beauftragt gewesenen künftigen Wasserbau-Ingenieur Emanuel Panse ist die vacante Wasserbau-Ingenieur-Stelle in Rastenburg, Regierungsbezirks Danzig, verliehen worden.

Berlin, 6. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute die Vorträge des Kriegsministers Generals der Infanterie von Kameke, und des Chefs des Militär-Cabinetts, des General-Adjutanten von Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besichtigte heute die Ausstellung des Vereins zur Beförderung des Gartenbaues im Saale des Admiralsgärtchens. — Heute findet im königlichen Palais eine musikalische Abendunterhaltung statt.

[Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags militärische Meldungen entgegen und empfing darauf den Prinzen Wilhelm Radziwill, sowie den Vize-Ober-Ceremonienmeister von Roeder.

Nachmittags 5 Uhr fand bei Ihren Kaiserlichen Hoheiten ein kleineres Diner statt, zu welchem der Reichskanzler Fürst Bismarck mit Gemahlin, der englische Botschafter Lord Odo Russell mit Gemahlin, der kaiserliche Botschafter am königlichen italienischen Hofe, Geheimrath Legations-Rath von Keudell, der Vize-Ober-Ceremonienmeister von Roeder und andere Personen von Distinction eingeladen waren.

Abends 7 Uhr empfing Se. Kaiserliche Hoheit den Vorstand der Garnison-Baugesellschaft in Göttingen im Großherzogthum Posen, und besuchte später die Vorstellung im Opernhaus. (Reichsanz.)

Berlin, 6. April. [Das Befinden des Kaisers.] Herr von Keudell. — Die Ueberschwemmungen. Der Auszug des Kaisers nach Baden-Baden wird auch heute nicht zur Ausführung gelangen, da der Erkrankungszustand des Monarchen, der namentlich in Heiserkeit sich äußert, noch nicht gehoben ist. Da dieser Zustand nun schon mehrere Tage andauert, so ist es jetzt wohl überhaupt als unwahrscheinlich zu bezeichnen, daß der Kaiser im Stande sein wird, den Auszug nach Baden-Baden in den nächsten Tagen zu unternehmen. Dagegen tritt wohl die Eventualität mehr und mehr in den Vordergrund, daß der Kaiser später Gelegenheit haben wird, die Königin Victoria bei ihrer Anwesenheit in Coburg zu besuchen, ein Plan, der sich möglicherweise mit der Reise nach Wiesbaden vereinigen lassen wird. Der Kaiser pflegt alljährlich am Palmsonntag der Einsegnung der Rabatten beizuwohnen. Auch in diesem Jahre wird das geschehen, wenn das Befinden des Kaisers sich bis zum Sonntag gebessert haben wird. — Herr v. Keudell hat sich gestern Abend verabschiedet und alsbald die Rückreise auf seinen Posten angetreten. — Die gestrigen Mittheilungen der „Prov.-Corr.“ über den Stand der Ueberschwemmungs-Angelegenheit ist wohl geeignet, den Ungrund der Rügen und Beschwerden klarzustellen, welche von Einzelnen in der Presse colportirt worden sind. Namentlich ist in dieser Beziehung auf eine existierende Notiz in einer Berliner Correspondenz der „Frankf. Ztg.“ hinzuweisen, welche die Angabe, daß eine höhere Commission zusammengetreten werde, um die Beschwerden, welche über die Thätigkeit von Beamten erhoben worden, zu prüfen, mißverständlich dahin deutet, daß erst jetzt eine Commission zur Untersuchung der Nothstände halber niedergelegt sei. Was diese betrifft, so sind bekanntermaßen unmittelbar nach dem Eintritt der Unglücksfälle an die betreffenden Behörden Weisungen ergangen, soweit die bereiten Mittel ausreichen, helfend einzuschreiten. In welcher Höhe eine außerordentliche Bewilligung von Seiten der Landesvertretung erforderlich sein wird, das wird erst festgestellt werden können, wenn der Umfang der Schäden sich übersehen läßt. Nach den Mittheilungen der Oberpräsidenten dürften mindestens noch gegen 14 Tage vergehen, ehe die Wasser sich soweit verlaufen haben, daß eine richtige Schätzung der durch die Ueberschwemmung veranlaßten Schäden möglich sein wird.

D. R.-C. [Die Kronprinzessin.] Wie wir hören, wird die Kronprinzessin ihre Reise nach Coburg zum Besuche ihrer Mutter, der Königin von England, am 12. d. Mts. antreten; der Kronprinz wird sich am Osterheiligabend dorthin begeben. Die Kronprinzlichen Kinder werden nicht dorthin reisen, sondern hier verbleiben.

D. R.-C. [Austritt aus den Synagogengemeinden.] Bekanntlich erklärte vor Kurzem der Commissar des Unterrichtsministers in der Petitions-Commission bei Gelegenheit der Beratung einer Anzahl hierauf bezüglichen Petitionen, daß es in der Absicht der Staatsregierung liege, noch in der gegenwärtigen Session, dem Landtage ein Gesetz über den freien Austritt der Israeliten aus den Synagogengemeinden vorzulegen. Wie wir hören,

ist dies Gesetz jetzt im Entwurf vollendet und hat auch bereits die staatsministerielle Beratung passiert, so daß es gleich nach den Ferien an das Abgeordnetenhaus gelangen wird.

Posen, 5. April. [Verbungen.] Gegenwärtig reist in Westpreußen ein brasilianischer Agent, Raphael Fernando Seyos, umher, um im Auftrage der Firma J. Lybn Mac Gee Auswanderer für Brasilien zu werben. Daß diese Werbungen ungeachtet aller officiellen und nicht officiellen Warnungen guten Erfolg haben, beweist die Thatfache, daß am 30. v. Mts. sich ganze Gesellschaften von Auswanderern aus der Umgegend von Pöplin auf den Weg nach Antwerpen machten, um sich dort nach Brasilien einzuschiffen.

Frankfurt, 5. April. [Die hiesigen Anwälte.] haben sich in einer gestern abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung einstimmig für die vollständige Freigabe der Advocatur ausgesprochen.

Saarbrücken, 5. April. [Wahl.] Als Ergebnis der am 30sten März in unserem Wahlkreise vorgenommenen Erstwahl für den verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Ober-Vergrath Blumme zu Bonn theilt die „Saarbr. Ztg.“ nunmehr auf Grund amtlicher Ermittlungen Folgendes mit: Im Ganzen wurden 8050 gültige Stimmen abgegeben, von denen 8009 auf den Geh. Vergrath Pfähler zu Sulzbach fielen. Der Genannte vereinigt somit die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich und wird für die Dauer dieser Legislaturperiode den 5. Wahlkreis des Regierungsbezirks Trier im Reichstage vertreten. Von den 49 anderen Stimmen erhielt Dr. Muth 13, Professor Wirthow 11, Vergrath Elert 3, 6 fielen auf 2 gleichlautende und 8 auf je einen Namen.

München, 5. April. [Das königliche Handschreiben.] Die „Südd. Pr.“ schreibt: „Wegen unterlassener Verlesung des königlichen Handschreibens ist der Abg. Bürgermeister Lerzer vom Bezirksamt Neumarkt zu einer Strafe von 20 Mk. verurtheilt und mit seiner bezüglichen Appellation von der oberpfälzischen Kreisregierung abgewiesen worden. Jetzt will er bei dem Ministerium eine Beschwerde einreichen; später kann dann die Sache ja wohl in die Kammer kommen. Sollten die Herren wirklich das königliche Handschreiben förmlich und officiell in die Discussion ziehen wollen?“

München, 5. April. [Dementi.] Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ versichern wiederholt, daß von einer Spaltung innerhalb der liberalen Partei niemals die Rede war, und daß auch das Project einer freien Vereinigung aufgegeben ist.

„Es ist selbstverständlich“, bemerkt das genannte Blatt weiter, „daß innerhalb der großen liberalen Partei in Baiern dieselben Strömungen existiren, die in Norddeutschland zur Bildung getrennter liberaler Parteien geführt haben, aber ebenso sicher ist auch, daß die Macht der Umstände die Liberalen in Baiern zum Zusammengehen zwingt, wenn sie nicht geradezu einen Selbstmord an sich begehen wollen. — Es ist nicht möglich, daß trotz einer Trennung der Liberalen in der Kammer ein Zusammengehen außerhalb derselben stattfinden könne; und doch ist letzteres in den größten Wahlkreisen absolut nothwendig, wenn nicht die ultramontane Partei als lachender Erbe in bisher sicheren Kreisen auftreten sollte. Wir leiden in Baiern an einer alten Sünde. Hätte man im Jahre 1871 rechtzeitig den Landtag aufgelöst, so hätte man, wie die kurz vorher stattgehabten Wahlen zum Reichstage beweisen, eine liberale Mehrheit bekommen; man hat es unterlassen, nicht aus Furcht vor den Ultramontanen, sondern aus Furcht vor den Liberalen. Nicht gewisig von den Folgen dieses Fehlers, hat man denselben nochmals begangen, die Aussichten für eine liberale Wahl waren im Herbst günstig, man hat die Auflösung unterlassen und nun wird man trotz allen Widerstrebens doch noch dieselbe vornehmen müssen. Die Ereignisse in den nächsten Tagen werden auch den Hartgläubigsten von dieser Nothwendigkeit überzeugen. Der Zustand in der Kammer der Abgeordneten ist ein wahrer Hohn auf den Parlamentarismus, das Land aber befindet sich im Zustande langwieriger Fersehung; es ist die höchste Zeit, daß wir aus demselben herauskommen. Darum sind wir für die Auflösung, ob eine Neuwahl eine liberale Mehrheit bringen wird, wissen wir allerdings nicht, aber eine Entscheidung wird sie bringen, und jede Entscheidung ist besser als der gegenwärtige Zustand.“

Oesterreich.

Wien, 5. April. [Das Kriegsbudget.] Die Lage Dalmatiens. — Der Vorarlberger Landtag. Die Nachricht, daß das Budget der gemeinsamen Angelegenheiten bereits so weit fertig ist, um morgen einen Ministerrath unter Vorsitz des Kaisers passiren zu können, erscheint durchaus unglaubwürdig. Sie wäre auch, wenn wahr, sehr traurig, da sich eingestandener Maßen im Heeres-Etat noch Anlässe vorfinden, von denen wir denn doch hoffen wollen, daß Szell und Depretis energisch Einsprache dagegen erheben werden. Oder soll im Ernst das Project des Baron Köller durchgehen, als Nothstandsbaute zur Bewältigung der Krisis ein colossales Reg von Kasernen zu errichten? Und wenn denn schon von einer Vertheilung der zweiten und letzten Rate von 9 Millionen für die Ughatus-Kasernen auf zwei Budgets, für 1877 und 1878, nicht die Rede sein soll: so dürfen wir doch wohl um so mehr darauf rechnen, daß wenigstens die 3½ Millionen gestrichen werden, die der Kriegsminister noch über den diesjährigen Etat hinaus angelegt hat, indem er alle ihm leztlich von den Delegationen gestrichenen Forderungen, sogar die für Vertheilung der Hauptleute, wieder aufnimmt. — In Betreff Dalmatiens wird die Regierung nun doch einen Entschluß fassen müssen, da die Landesverwaltung, so weit sie von den autonomen Organen abhängt, vollkommen stille steht. Die Gemeinden weigern sich, mit dem Landeshaupmann zu correspondiren; die Landesauschuss-Mitglieder und deren Ersatzmänner wollen nicht mit Kubissa functioniren, und dieser hat nicht so viel Taft, freiwillig abzutreten. Soll nun der Minister einen Regierungs-Commissar nach Zara senden, der mit Kubissa zusammen die Geschäfte des Landesauschusses versieht? Besser wäre es jedenfalls, den Landtag aufzulösen und so den Landeshaupmann zu beiseitigen, ohne daß man einer Preffion nachgiebt: allein man scheut die Neuwahlen, die dann binnen sechs Wochen stattfinden müssen und eine gerade jetzt sehr ungelegene Aufregung hervorrufen müßten. — Der Vorarlberger Landtag hat denn richtig mit 14 gegen 5 Stimmen den Antrag angenommen, die Regierung zu ersuchen, sie möge aus dem Reichsgesetz alle Bestimmungen entfernen, die der Einführung des jamaican Schulauschusses in dem „Cantonal“, d. h. der Auslieferung des Unterrichtes an die Römlinge, entgegenstehen. Die Idee, der Monarchie auf solche Weise von Bregenz aus das Concordat wieder auflegen zu lassen, wirkt denn doch unwillkürlich komisch. Regierung-Commissar und Liberale hatten daher ganz recht, die Discussion, an der sie sich weiter nicht betheiligten, rein späßig aufzufassen und bloß über die Zeitvergeudung bei der Discussion eines Gesetzentwurfes zu klagen, an dessen Sanctionirung keiner von den Antragstellern selber glaube, ja dessen Approbation auch Thierarzt Delz und Schullehrer Thurnherr, die beiden Vorkämpfer der clericalen Majorität, der Krone nicht zumuthen würden, wenn sie Minister wären, wie man ihnen gestern ins Gesicht sagte. Aber Bischof Amberg sagt, in Vorarlberg seien nur die Gebote der heiligen Kirche maßgebend, und verlangt „Unterrichtsfreiheit wie in Frankreich!“ Nun, die Bäume wachsen auch dort nicht mehr in den Himmel!

Wien, 6. April. [Das Budget.] In dem heute Nachmittag unter Vorsitz des Kaisers stattgehabten gemeinsamen Ministerrathe ist das gemeinsame Budget pro 1877 endgültig festgestellt worden. Die Verhandlungen über Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses beginnen erst übermorgen wieder, da morgen noch Sachverständige gehört werden sollen.

Schweiz.

Zürich, 4. April. [Gegen das Militärsteuergesetz.] — Zum Militärdienst der Lehrer. — Von der Gotthardbahn. — Auswanderung. — Zum eidgenössischen Schützenfest und zur Murtenschlachtfeier. — Aus Neuenburg. — Socialdemokratisches aus Bern. — Kirchliches. — Vom deutschen Hilfsverein in Zürich. Das souveräne Volk wird nachgerade sehr auffällig gegen die Bundesbehörden; es macht ihnen einen Strich durch ihre mühsam ausgearbeiteten schönen Gesetze. Gegen das Militärsteuergesetz haben 80,549 Stimmen ihr Veto erhoben und es muß nun vom ganzen Volke abgestimmt werden. Voran marschirte die radikale „waadtländische Nationalität“ mit mehr als 16,000 Stimmen; gleich hinter ihr kommt das hochkatholische Freiburg mit mehr als 14,000; Genf und St. Gallen liefern je über 8000, Neuenburg gegen 7000, Wallis mehr als 6000, beide Appenzell fast 5000, Luzern und Tessin über 4000; bloß vier Cantone machen nicht mit. — Zu Gunsten des Militärdienstes der Lehrer haben 383 aargauische Lehrer, die keine Standesvorrechte wollen, eine entschiedene Eingabe an den Bundesrath gerichtet und damit sich und ihrem Canton Ehre gemacht. — In einer ausführlichen Mittheilung über die Finanzlage der Gotthardbahn hat der Bundesrath den Regierungen von Deutschland und Italien eine Conferenz in Bern vorgeschlagen, um die Grundlagen weiterer Verhandlungen zu gewinnen. Gegen die Zustimmung der „Nordb. Allg. Ztg.“, daß die Schweiz die Mehrkosten der teilschiffen Bahnen mit 13,385,000 Fr. übernehme, erhebt sich der „Bund“ mit vollem Recht, indem er sich auf die Thatfache beruft, daß jene Uebernahme von den deutschen und italienischen Mitgliedern des Verwaltungsraths niemals bemängelt worden ist. Der Unternehmer des Gotthardtunnels, Favre, wird unangenehm; er verlangt Bürgschaft für seine Arbeiten oder 12 Mill. Fr. Entschädigung. — Im Jahre 1874 betrug die schweizerische Auswanderung 2672 Köpfe, fast um die Hälfte weniger als in früheren Jahren; aus fünf Cantonen fehlen die Angaben. — Die Gaben für das eidgenössische Schützenfest sind erst wenig über 51,000 Fr. hinaus, dagegen erreichen die für die Murtenschlachtfeier fast 75,000 Fr.; der große colossale Festzug am 22. Juni wird von 1447 Mann und 254 Pferden ausgeführt. — Das Volk von Neuenburg hat das sehr anständige Gesetz über die Progressivsteuer mit 7588 gegen 3990 Stimmen verworfen. Auch sonst gesinnungstüchtige Radicale haben Nein gesagt. Die Sache ist sehr zu bedauern, aber amtlich hat die Mehrheit ja immer Recht, wenn sie auch sachlich Unrecht hat. — Der socialdemokratische Verein in Bern erhebt gerichtliche Klage gegen die Urheber der Störung seines Festzuges, er will den Glanz der Pariser Commune und ihres Petroleums retten. — Die Beschwerde der Gemeinde Pregny gegen die Genfer Regierung wegen Besitzergreifung ihrer Kirche ist vom Bundesgericht einstimmig abgelehnt worden. — Die ultramontane „Liberté“ in Freiburg ist entrüstet, daß die Actionäre der Volksbank in Romont sich eine liberale Verwaltung gewählt haben. Es ist allerdings schauderhaft, daß die Geldgeschäfte nun nicht mehr nach katholischen Grundsätzen gemacht werden sollen. — Die Lehrerschaft des Bezirks Pruntrut hat auf ihrer Synode erklärt, sie wünsche keinen confessionellen Religionsunterricht als solchen mehr, weder einen von Geistlichen, noch einen von Lehrern gegeben, vielmehr sollen beim Unterricht in denjenigen Fächern, welche dazu Gelegenheit geben, als besonders beim Lesen und bei der Geschichte, echte Menschenliebe geweckt und gesunde Lehren der Moral entwickelt werden. Die illustrierte Bibel, welche noch von Jonas im Wallisbach, von einem Umwerfen der Mauern durch Trompetenbläser und Aehnlichem wimmelt, sei abzuschaffen und dem Lehrer kein Hilfs- und Handbuch in die Hände zu geben. Dagegen möge der Vaterlandskunde und der Lehre von den Bürgerpflichten größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. — Die protestantischen Pastoren in Bern wollen keine ehebrecherischen Geschichten einsegnen. Glücklicher Weise gebrauchen Leute, die sich in einem solchen Falle befinden, keinen anderen Pastor, als den Civilstandsbeamten. — Die Luzerner Gemeinde Schöngau hat ein zurückgetretenes Wunder erlebt. Der hochwürdige Herr Bicar widmete sich der Abichtung eines Mädchens zum heil. Blutschwigen. Einige vernünftige Männer der Gemeinde erwirkten aber die Abberufung des frommen Mannes und das schöne Mädchen ist wieder gesund und ist trinkt wie zuvor. — Der Deutsche Hilfsverein in Zürich hat in den ersten 20 Jahren 9668 Personen oder Familien mit nahezu 71,000 Fr. unterstützt. Um seinen geschwächten Finanzen aufzubessern, veranstaltete der Vorstand ein Stiftungsfest. In der mit Reichthum und sonst reich ausgeschmückten Tonhalle vereinigten sich einige hundert Familien bei Concert und Abendessen mit den üblichen Toastreden; auch das Tanzvergnügen für die liebe Jugend, welche nach Mitternacht gar nicht nach der Uhr schaute, fehlte nicht. Das Fest verlief zu allgemeiner Befriedigung mit großer Heiterkeit, trotz seines Hintergrundes von Elend und Noth, Krankheit und Tod; aber der Humor hat ja den Ernst zum Unterjutter.

Italien.

Rom, 1. April. [Ministerielles.] — Fanny Lear. Das Bild, schreibt man der „R. Z.“, ist nunmehr fertig. Mit der Besetzung der meisten Generalsecretariatsstellen hat sich das Cabinet selbst die letzten Lichter aufgesetzt, aber freilich erst dann, als man nach der Abreise der meisten Deputirten in die Ferne mancher Ausdringlichkeiten und Belästigungen entbunden war. An charakteristischer Aus-

Bildung hat das Kunstwerk durch die neuen Ernennungen nicht viel gewonnen. Die meisten neuen Generalsecretäre sind neue Leute, und alle, bis auf einen, gehören der jetzt ausschließlich am Ruder stehenden Partei an. Die hervorragendste Persönlichkeit ist der bisherige Deputierte Seismit-Doda. Er hat der Finanzpolitik der bisherigen Größen des Staatshaushalts eine eifrige und in ihren Grundzügen sachliche, wenn auch nicht von aller Phantasie freie Opposition gemacht und bringt in sein neues Amt einen guten Fonds von öffentlichem Vertrauen mit. Die übrigen, der Linken entnommenen neuen Generalsecretäre, der Sicilianer Lacava, der Nicotera im Ministerium der inneren Angelegenheiten, der Ingenieur Baccarini, der bisherige Staatsanwaltsgehilfe zu Neapel La Francesca und Branca, ebenfalls Sicilianer, sollen wenigstens mehr oder minder gute Vorkenntnisse für ihre bezüglichen Fächer mitbringen. Dagegen ist es bemerkenswerth, daß dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Tornelli ein in der Welle gefärbter Consorte und ehemaliges gefügiges Werkzeug Minghetti's beigegeben worden ist, — eine sanfte blaue Lackfarbe auf den vielleicht zu brennend rothen Ton. Der Krieg und der öffentliche Unterricht werden erst heute oder morgen ihre betreffenden Vizeverwalter bekommen; die Marine hat sich bisher ohne Generalsecretäre beholfen. Im Uebrigen giebt's nichts Neues, denn daß man bereits von neuer Krisis spricht, die das Cabinet schon seit einigen Tagen befeßt, ist eine berechtigende nationale Eigenhumlichkeit, an die man bereits lange gewohnt ist. Der Sündenbock ist diesmal der mit den inneren Angelegenheiten betraute „Baron von Salerno“. Man brummt mit Herrn Nicotera, daß er bei den bisherigen Präfecten sich Mühe giebt, sie im Dienste zu behalten, und verdenkt ihm schwer die Anweisungen, welche er den Beamten der Polizei gegeben hat, weitere Aufzüge zu politischen Kundgebungen nötigen Falls mit Truppengewalt zu verhindern. Auf derartige Klagen der Ultras kann sich natürlich jeder liberale Oppositionsmann gefast halten, sobald er ans Ruder kommt. — Viel von sich reden macht auch die Ausweisung der in letzter Zeit vielfach genannten Fanny Keaz, die längere Zeit hier und in Neapel lebte und als Gemahlin eines jüngeren sächsischen Officiers auftrat. Die Maßregel erfolgte auf eine Anregung der russischen Gesandtschaft hin. (Die Behauptung ist bereits dementirt. D. Red.) Es mag das hier erwähnt werden, weil böse Zungen der Sache einen gebissigen Anstrich haben geben wollen, indem sie Nicotera als im Auftrage der Gräfin Mirasiori handelnd darstellten, der gewisse Beziehungen der genannten Persönlichkeit zu einem ihrer erwachsenen und verheiratheten Söhne Unruhe gemacht hätten. Die Quelle eines solchen Gerüchtes dürfte unschwer zu errathen sein; aber die sehr verblähten Reize der besagten Persönlichkeit legen ein starkes Zeugniß gegen derartiges Gerede ein.

Rom, 3. April. [Lobbia +.] In der vergangenen Nacht starb, wie der „Dritto“ meldet, zu Venedig der frühere Deputierte Major Lobbia. Wie bekannt, war seiner Zeit ein Attentat auf ihn verübt worden und er selbst wurde ins Gefängniß geworfen, weil der Staatsanwalt ihn der Simulation angeklagt hatte. Diese Verurtheilung bildete zwischen der Linken und der Regierung lange Zeit den Gegenstand bitterster Fehde.

Frankreich.

© Paris, 4. Abds. [Zum Belagerungszustande. — Die Budgetcommission. — Der Prinz von Wales.] Die Deputirten, welche gestern Herrn de Castellane ausgelacht haben, weil er die Verfassungsgesetze nicht zu kennen gestand, thun heute wohl, sich selber ein wenig auszulachen. Es stellt sich nachträglich heraus, daß die gesammte Mehrheit im Irthum war, als sie glaubte, die Promulgation des Gesetzes, welches den Belagerungszustand aufhebt, müsse sofort, binnen 3 Tagen spätestens, erfolgen. Dies wäre der Fall, wenn beide Kammern die Dringlichkeitserklärung für die Promulgation verlangt hätten. Das ist aber unterblieben und die Regierung wäre in ihrem Rechte, wenn sie das Gesetz erst am 4. Mai promulgirte, d. h. drei Tage, nachdem der Belagerungszustand von selbst wegfallen mußte. Der Irthum ist aber diesmal nicht von Belang, das Ministerium hat nicht die Absicht, aus dem Versehen der Kammern Vorthell zu ziehen und wahrscheinlich wird das Gesetz schon morgen im „Staatsanzeiger“ verkündet werden. — Die Budgetcommission hat heute Gambetta zu ihrem Präsidenten, Barbois und Alb. Grévy zu Vicepräsidenten gewählt. Wie sich die Zeiten geändert haben! Gambetta nahm mit einer Rede über die Pflichten der Commission vom Präsidentensitze Besitz. — Der Prinz von Wales wird auf der Rückreise von Indien Frankreich berühren und in seiner Eigenschaft als Präsident der königl. Ackerbau-Gesellschaft von Großbritannien an der landwirthschaftlichen Ausstellung von Arras Theil nehmen.

© Paris, 5. April. [Aus der Deputirtenkammer. — Wahlprüfungen. — Rouher's „Vorbehalt für die Zukunft.“ — Gambetta's Rede in der Budget-Commission. — Die „Debats“ und der Ultramontanismus.] Die Deputirtenkammer hat sich gestern ausschließlich mit Wahlprüfungen beschäftigt. Der Vicomte de Tocqueville, Arloque und Fauré (ein Bonapartist) wurden in ihren Sitzen bestätigt; dagegen wurde die Wahl de Miramon's (in der Haute-Volte) mit einer gewaltigen Mehrheit für ungültig erklärt. Zu Gunsten Miramon's hatte man sehr verwerfliche Mandöver angewandt und insbesondere abscheuliche Verleumdungen über dessen Gegner Guyot-Montpayroux ausgebreitet. Dann kam der Corse Bartoli an die Reihe. Bartoli, in Carliene gewählt, ist Republikaner; der Berichterstatter Guyot beantragte seine Zulassung. Aber Cazeary bekämpfte diesen Vorschlag sehr energisch und zählte die Ungehelichkeiten auf, die bei der Wahl vorgekommen und welche ein sehr charakteristisches Bild von den corsischen Sitten geben. Es kam den Freunden Bartoli's nicht darauf an, die Wahlzettel zu fälschen, die Stimmen des Gegners Abbaturci einfach Bartoli zuzuschreiben. Eins der Wahlbureaux bestand aus lauter Personen, die schon wegen Betrügerei in Wahlkassen verurtheilt waren und dergleichen. Am Ende hat man sich über diese Mandöver nicht mehr zu wundern, nachdem man jüngst in den Zeitungen von einem Prozesse in Corsica gelesen, welcher absolut feststellte, daß die Briganten der Berge und „Mugis“, bewaffnet bis an die Zähne, als Wahlagenten in den Dörfern umhergingen und die Mitglieder der Gemeinderäthe zwangen, diesen und jenen Delegirten zur Senatswahl zu schicken. Es wäre unmöglich gewesen, nach der Erzählung Cazeary's die Wahl Bartoli's zu bestätigen. Der Berichterstatter Guyot erklärte zwar diese Erzählung für falsch, theilte aber die Documente, die er in seinem Besitz zu haben versicherte, nicht mit. Die Republikaner ergriffen gegen ihren Gesinnungsgenossen Bartoli Partei, Naquet verlangte eine Untersuchung, welche Paul de Cassagnac nicht wollte, damit nicht die Untersuchungscommission Gelegenheit fände, jene Vorwissenisse zu bemänteln, vielmehr müsse man einfach die Wahl cassiren. Es gab eine confuse Debatte; schließlich beantragte Bartoli selber die Ueberweisung des Berichts an die betreffende Abtheilung zu neuer Prüfung und diese Forderung wurde von der Mehrheit angenommen. Die Rechte lachte spöttisch, weshalb der Präsident Grévy sie zu rechtwies. — In einer der Abtheilungen hatte Rouher gestern seine Wahl in Ajaccio zu rechtfertigen, und dabei kam es zu einem Austritt,

der im Saale der Pas pardus Sensation machte. Rouher erlaubte sich nämlich, zu Gunsten des Kaiserreichs einen „Vorbehalt für die Zukunft“ zu machen. Bis z. J. 1880, sagte er, werden die Bonapartisten der republikanischen Regierung ihre ehrliche Unterstützung leisten, dann aber dürfen die monarchischen Parteien mit Hilfe der Verfassungsrevision wieder ihre Wünsche geltend machen. Hierauf replicirte Madier Montjan mit der größten Festigkeit: im Namen aller Republikaner und des ganzen Landes müsse eine solche Annäherung zurückgewiesen werden. Niemals sei das Revisionsrecht etwas Anderes als das Recht, die Republik, die bestehende Staatsform, zu verlassen, und niemals dürfe es den Monarchisten die geringste Hoffnung lassen, und das Land werde nicht in eine Theorie willigen, mittels deren man es zwingen wolle, noch einmal den Weg vom 2. December nach Sedan zurückzulegen. — Wie gemeldet, ist gestern Gambetta in der Budgetcommission zum Vorsitzenden ernannt worden. In der Rede, womit er den Vorsitz antrat, sagte er unter Anderem: „Wir haben zu dieser Stunde eine Regierung, welche allen rechtmäßigen Interessen volle Sicherheit giebt, eine verständige, fortwährende Republik. . . . Wir sind endlich aus der Periode des Streites herausgetreten und von den Fragen der reinen Politik befreit, und müssen alle unsere Kräfte und alle unsere Anstrengungen auf die Entwicklung der materiellen und moralischen Interessen richten, ohne welche die Republik nicht den gerechten Erfordernissen dieser französischen Nation entsprechen würde, dieser Nation, welche so muthig in ihren Niederlagen, so erstaunlich in den wunderbaren Anstrengungen, welche sie seit fünf Jahre macht, um ihre Verluste gut zu machen und wieder den ersten Credit der Welt zu gewinnen. Wir haben in die Budgetcommission eintreten wollen, um der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen, um ohne Illusion und Ueberstürzung die Einzelheiten unseres finanziellen Systems zu studiren. Ausschließlich erfüllt von dem Geist der Ersparniß und klugen Reform, werden wir uns vor allen Wagnissen hüten, überzeugt, daß man in diesen schwierigen Angelegenheiten, weder der Zeit noch der öffentlichen Meinung voraussetzt. (Lebhafter Beifall.) — Die „Debats“ sind heute wieder besorgt, daß die Radicals in ihrem Kampfe gegen den Ultramontanismus zu weit gehen werden; es mißfällt diesem Blatte, daß die Abberufung des Gesandten im Vatican von der Linken verlangt werden wird. Allerdings müssen selbst die „Debats“ zugestehen, daß die immer anmaßendere Sprache der clericalen Journale nicht danach angethan ist, die parlamentarische Mehrheit den faulhaisigen Interessen günstig zu stimmen; es bleibt ihnen nur übrig zu hoffen, die Regierung werde einen versöhnlichen und mildernden Einfluß üben. Daß Frankreich beim Papst einen Gesandten haben müsse, steht, wie gesagt, den „Debats“ fest. Wer das nicht begriffe, meinen sie, hätte keinen Sinn für die nationalen Ueberlieferungen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 4. April. [Parlament's-Verhandlungen vom 3. April.] In beiden Häusern des Parlaments wurden am Montag interessante und wichtige Dinge verhandelt; im Oberhause gab die Titel-Bill zu einer energischen Debatte Anlaß, und im Unterhause legte der Schatzkanzler das Budget für das Finanzjahr 1876/77 vor. Das Haus der Lords sah ein ungemein zahlreiches und glänzendes Auditorium in seinen Räumen versammelt. In den Gallerien der Pairsgemachungen war fast jeder Platz besetzt. Bald nach Eröffnung der Sitzung wurde eine beträchtliche Anzahl von Petitionen gegen und zu Gunsten der Titel-Bill überreicht. Auf Befragen von Carl Grandville zeigte der Herzog von Richmond an, das Haus werde sich am nächsten Freitag für die Discussion bis zum 27. April verlagern. Lord Selborne, der Ex-Schatzkanzler, brachte hierauf zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Reform der juristischen Collegia (Inns of Court), so wie die Herstellung einer Universität für Jurisprudenz ein, welche in erster Lesung angenommen wurden. Beide Vorlagen sind identisch mit denen, welche das Haus schon in voriger Session durch alle Stadien führte, aber wegen Mangel an Zeit nicht in der zweiten Kammer erörtert werden konnten. Als nun der Herzog von Richmond beantragte, zu der Specialberatung der Titel-Bill überzugehen, stellte der Earl von Shaftesbury einen Vorschlag auf, einen Antrag an die Königin, worin dieselbe ersucht wird, lieber einen Titel anzunehmen, der mehr im Einklange mit der Geschichte der Nation, sowie mit der Loyalität und den Gefühlen der höchst getreuen Unterthanen Ihrer Majestät als der Titel „Kaiserin“ stehe. Tief bestärkt und mit dem größten Widerwillen, bemerkte er, wage er es, den Wünschen der Krone Opposition zu bereiten, aber er sei überzeugt, wenn der Titel „Kaiserin“ für den der Königin substituit werde, derselbe nicht allein ermangelt werde, die königliche Würde zu vergrößern, sondern dieselbe sogar so weit zu vermindern, um die hohe Autorität, die sie bisher sowohl unter den Unterthanen Ihrer Majestät als unter den anderen Nationen der Welt genossen, lächerlich zu machen. (Beifall.) Er stelle diesen Antrag nicht aus constitutionellen Motiven, sondern weil in dem anderen Hause des Parlaments behauptet worden, daß die Opposition gegen diese Bill eine politische und von Parteisichtungen dictirt sei. Nichts würde dem englischen Volke das Wort „Kaiserin“ schmerzhafter machen. (Hört, hört.) Das ganze Gefühl des Landes sträube sich gegen dessen Annahme. Das Wort würde ohne Zweifel die alten Erinnerungen an die Regierung von Delhi wachrufen und dazu beitragen, das indische Volk das über dasselbe ausgeübte despotische Regiment nicht vergessen zu lassen. (Hört, hört.) Warum soll die Königin einen Titel für Indien und einen anderen für England führen? Man müsse sich erinnern, daß die dem Prinzen von Wales während seines Besuchs in Indien bewiesene Loyalität und Gesinnung dem Sohne der Königin und nicht dem Sohne einer „Kaiserin“ zu Theil wurde. (Beifall.) Er sei überzeugt, daß eine Volksabstimmung eine überwältigende Majorität gegen die Annahme des Titels zum Resultat haben würde. Es sei gesagt worden, daß zuerst keine Opposition gegen den Titel existire, aber die eigentliche Thatsache, daß sich seitdem eine Opposition bereite, zeige, daß ein Wechsel in der Stimmung des Landes eingetreten sein müsse. Den von Herrn Disraeli angegebenen Grund für die Annahme des neuen Titels charakterisirte Lord Shaftesbury als eine Beileidigung des Kaisers von Rußland. Nachdem der Antragsteller seine Rede beendet, nahm der Lordkanzler das Wort. Er bestritt, daß Beweise dafür beigebracht worden seien, daß der Titel „Kaiserin“ unpopulär sei. Dagegen sei eine Masse von Belegen dafür vorhanden, daß der Titel großen Anhang beim indischen Volke finden und England mit dem indischen Reiche enger verknüpfen würde. Was den Gebrauch des Titels anbelange, so würde das in der Proclamation von 1801 adoptirte Verbotnen streng befolgt werden. Durch diese Proclamation werde keine Veränderung in Stempel oder Geldmünzen gemacht, aber in Verfallungspatenten, gerichtlichen Befehlen und möglicherweise Incorporations-Charters würde der ganze Titel angewendet werden. Lord Selborne unterstützte den Antrag mit dem Bemerkten, es sei ein gefährliches Verfahren, die Einfachheit des Titels „Königin“ umzustoßen und demselben den einer „Kaiserin von Indien“ hinzuzufügen. Es sei unmöglich, der Krone größeren Glanz zu verleihen; es sei nutzlos, raffinirtes Gold zu vergolden. Lord Midleton sprach zu Gunsten der Bill. Lord Sandhurst betrachtete die Bill als einen der größten Irrthümer, den je ein Ministerium begangen habe, und nachdem er starke Zweifel betreffs der Aufnahme, welche der Titel in Indien finden würde, ausgedrückt, beschwor er das Haus, nicht zu übereilen eine mit so vieler Gefahr verknüpfte Maßregel zu sanctioniren. Fortgesetzt wurde die Debatte von dem Earl von Seftonham und Harrowby zu Gunsten, und Lord Rosebery gegen die Bill. Der Earl von Carnarvon (Minister für die Colonien) empfahl dringend die Annahme der Maßregel. Lord Houghton argumentirte, daß die Frage keine indische sei, da die Titel „Königin“ und „Kaiserin“ in der indischen Uebersetzung gleichlauten würden. Lord Lawrence war derselben Ansicht. Es wurde alsdann zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Antrages mit 137 gegen 91 Stimmen zur Folge hatte. Die Titel-Bill wurde hierauf durch die Comiteberatung gefördert.

Im Unterhause interpellirte Sir W. Harcourt den Premierminister, ob im Falle Jhre Majestät den Titel „Kaiserin von Indien“ annehme, es beabsichtigt werde, diesen Titel in allen öffentlichen Urkunden und Staatsdocumenten, in welchen die vollen statuarischen Titel und Wappen der Königin aufgeführt würden, zur Anwendung zu bringen, und wenn ja, in welcher Weise er im Allgemeinen gedente, den öffentlichen Gebrauch des Titels „Kaiserin“ auf Indien und indische Angelegenheiten zu limitiren, sowie die Anwendung desselben auf Staatsacte, die auf die Regierung des Vereinigten Königreichs Bezug haben, einzuschränken. Disraeli erwiderte:

Der kaiserliche Titel wird, wie ich schon erwähnt habe, für die Erledigung aller Angelegenheiten des indischen Reiches und für den Verkehr mit den Mächten des Auslandes gebraucht werden. Er wird einzig und allein äußerlich und nicht für die innere Regierung dieses Landes angenommen werden. Was alle die in der Interpellation erwähnten Details betrifft, so wird sich die königliche Proclamation darüber erklären. (Gelächter.) Auf Befragen Hubbard's theilte der Premierminister mit, daß die Oeffnungen des Hauses, wenn es der Gang der Geschäfte gestatte, wahrscheinlich am 10. d. Mts. beginnen und bis zum 23. d. Mts. dauern würden.

Sir Stafford Northcote legte sodann sein neues Budget vor. Die Gesamtausgabe veranschlagt der Schatzkanzler auf 78,044,000 Lfr. gegen 76,421,773 Lfr. effectiver Ausgabe im vorigen Jahre, und kommen davon 28,010,000 Lfr. auf die Verzinsung der Staatsschuld, 1,590,000 Lfr. auf andere Ausgaben aus den consolidirten Fonds, 15,282,000 Lfr. auf das Armeebudget, 454,000 Lfr. auf Entschädigung für gekaufte Offizierspatente, 11,289,000 Lfr. auf das Flottenbudget, 13,309,000 Lfr. auf den Civildienst, 3,120,000 Lfr. auf die Postverwaltung, 2,730,000 Lfr. auf die Steuererhebung, 1,128,000 Lfr. auf die Telegraphenverwaltung, 852,000 Lfr. auf den überseeischen Postdienst u. s. w. Die Gesamteinnahme ist auf 77,270,000 Lfr. veranschlagt, wobei die Einnahmen aus den Zöllen auf 20,250,000 Lfr., der Getränkesteuer auf 27,650,000 Lfr., der Stempelsteuer auf 11,000,000 Lfr., der Grund- und Gebäudensteuer auf 2,500,000 Lfr., der Vermögens- und Einkommensteuer auf 4,100,000 Lfr., der Post auf 5,950,000 Lfr., der Telegraphenlinien auf 1,325,000 Lfr., die Domainen auf 395,000 Lfr. und verschiedene andere Einnahmen auf 4,100,000 Lfr. angenommen sind. Nach Abzug der veranschlagten Einnahme von der veranschlagten Ausgabe verbleibt ein Deficit von 774,000 Lfr., welches der Schatzkanzler durch Aufhebung der Löhre auf männliche Diensthöten, die jährlich ca. 26,000 Lfr. einbringt, auf die runde Ziffer von 800,000 Lfr. zu bringen vorschlägt. Was die Deduction dieses Deficits betrifft, so empfahl der Minister die Erhöhung der Einkommensteuer um einen Penny per Pound Sterling, indeß in solcher Weise, daß Einkommen im Betrage von unter 150 Lfr. per annum gänzlich von der Steuer befreit werden, und Einkommen im Betrage von 400 Lfr. per annum einen Rabatt von 120 Lfr. genießen. Diese Erhöhung der Einkommensteuer producirt nach allen Abzügen eine Summe von 1,168,000 Lfr., die nach Abzug des Deficits von 800,000 Lfr. einen Ueberschuß von 368,000 Lfr. liefert, über dessen Verwendung der Minister sich jedoch nicht äußerte. Am Schlusse seiner fast vierstündigen Rede beantragte er die Resolution Betreffs der Auserlegung einer Einkommensteuer von 3 Pence im Pound Sterling für das laufende Finanzjahr. In der nun folgenden Erörterung wurden die Budgetvorläge der Regierung sehr scharf kritirt. Hubbard mißbilligte die Erhöhung der Einkommensteuer und beklagte es, daß 700,000 Lfr. im Tilgungsfonds müßig liegen. Rylands, Meller, Davies und Munde la trinitiren die Erhöhung der Ausgaben, und E. Lewis beschuldigte die Regierung eines Vertrauensbruchs in ihrer Politik mit Bezug auf die Einkommensteuer. Nachdem sich die Debatte noch ein wenig in Einzelheiten verlaufen, wurde sie mit Genehmigung des Schatzkanzlers bis zum 6. d. Mts. vertagt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm das Haus die Verabreichung der Schiffsjahrsvorlage wieder auf. Zu Artikel 5, nach welchem jedes englische Schiff, welches infolge des Zustandes des Kumpfes, der Ausrüstung oder der Maschinerie, oder wegen Ueberladung resp. ungeschickter Steuerung das Leben der darauf befindlichen Personen in Gefahr bringen würde, durch das Handelsamt auf oder ohne Antrag eines Dritten angehalten werden kann zum Zwecke einer Besichtigung, stellte Eustace Smith das Amendement, den Spielraum dieses Artikels auf ausländische Schiffe auszudehnen, aber nach längerer Discussion wurde der Vorschlag mit 159 gegen 89 Stimmen abgelehnt. Nachdem noch ein Amendement zur Annahme gelangt, welches die Frist, innerhalb welcher ein angehaltenes Schiff gegen diesen Act appelliren kann, von 24 Stunden auf 3 Tage verlängert, und der Schatzkanzler versprochen, einen Antrag Blimfoll's mit Bezug auf das Anhalten überladener ausländischer Schiffe in Erwägung zu ziehen und denselben so weit als möglich zu acceptiren, wurde Artikel 5 genehmigt und die weitere Verabreichung der Vorlage hierauf vertagt. Die beiden Meuterei-Bills wurden in dritter Lesung angenommen.

[Einen fähigen Zug nach Central-Asien] hat Capitän Burnaby von dem bekannten blauen Kürassier-Regiment Horse Guards vor Kurzem zu einem raschen Abschlusse bringen müssen. Es war diesem tüchtigen und gewandten Reiteroffizier gelungen, trotz aller Vortheile der Russen nach Khiva zu gelangen, und er hatte sich bereits vier Tage in der Tartarenstadt aufgehalten und war zwei Mal vom Khan empfangen worden, ehe die russischen Behörden seine Anwesenheit erlaubten und ihm den durch diplomatische Vorstellungen erzielten Befehl seiner Vorgesetzten zur Rückkehr zustellen konnten.

Provincial-Beitung.

** Breslau, 7. April. [Auszeichnung.] Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 27. v. Mts. dem Stadt-Forscher und Deconomie-Rath Dr. Ludwig Fintelmann hieselbst aus Anlaß seines 50jährigen Fortmanns-Jubiläums den Rothen Adler-Orden IV. Klasse zu verleihen geruht, dessen Insignien dem Jubilar heut durch Herrn Oberbürgermeister von Fordenbeck vor versammeltem Magistrat unter herzlichster Ansprache überreicht wurden.

X. Breslau, 5. April. [Vortrag über den Eid.] Vor einer ziemlich zahlreichen Versammlung hielt am 3. d. Mts. Abends 8 Uhr, Herr Reichenbach, der Prediger der hiesigen freireligiösen Gemeinde, in der dieser letzteren gehörigen Halle einen öffentlichen Vortrag über den Eid. Ausgehend von der Auffassung, in welche der Gemüther in der ganzen gebildeten Welt durch den Fall Hofferichter verfestet wurden, wies der Redner vor Allem darauf hin, daß da, wo dergleichen überhaupt noch geübt werden könne, die Glaubens- und Gewissensfreiheit noch nicht feststehe und daß, wenn die preussische Verfassung die letztere ausdrücklich gewährleiste, der Mangel an den zur Ausführung der Verfassung in diesem Punkte notwendigen Verordnungen jedenfalls die Ueberzeugung erwecken müsse, daß es den Gesetzgebern wie den Verwaltungsbehörden an dem rechten animus dazu gefehlt habe. Hiernach sich zum eigentlichen Gegenstande seines Vortrags wendend, führte Herr Reichenbach in eben so klarer als bündiger Weise aus, daß der Eid an sich selbst nur ein Armuthszeugniß sei, welches die Menschheit sich in Beziehung auf ihre sittliche Schwäche stets ausgestellt habe. Der wirklich sittliche Mensch bestimmt sich rein aus sich selbst und wie er das Gute aus bloßer Liebe zum Guten thut, so unterläßt er das Böse nur darum, weil es das Böse ist; ihn laßt also weder die Aussicht auf äußeren Lohn, noch schreckt ihn die Furcht vor bloß äußerer Strafe. Aber der Mensch hat von jeher im Gefühl seiner sittlichen Schwäche für nöthig gehalten, sich zum Bekennen der Wahrheit in der Verfassung auf das, was ihm als höchstes Gut gilt, einen kräftigen Antrieb zu geben. Das ist der Eid, denn der Schwörende macht sich verbindlich, den Verlust des höchsten Gutes als eine gerechte Strafe anzuerkennen, wenn sein Bekenntniß nicht vollständig wahr sei. Da aber die Begriffe vom höchsten Gute von jeher die verschiedensten waren, so mußten auch die Eidesformen und Eidesformeln von jeher die aller verschiedensten sein. Der Herr Vortragende ging demgemäß auf die nähere Schilderung der bei den wichtigsten vorchristlichen Völkern bei Ablegung des Eides gebräuchlich gemachten Formen des Näheren ein, um schließlich bei der noch heute gebräuchlichen christlichen Eidesformel des Rängers zu verweilen. Sehr einleuchtend wies er hier nach, daß der christliche Eid nur da als solcher bestehen könne, wo der Glaube nicht nur an einen persönlichen Gott, sondern auch an ein ewiges Leben und damit zugleich an eine ewige Seligkeit und an eine ewige Verdamnis in vollständigster Geltung sei. Wie aber, wenn dieser Glaube nicht mehr durchaus unerschütterlich bestet? Wie in der heutigen Zeit, wo man sich ebenso darüber wundert, wenn Jemand sich wirklich zu solchem Glauben bekennt, als man in früheren Tagen sich darüber wunderte, wenn Jemand sich dieses Glaubens nicht unbedingt rühmen wollte? — In einer solchen Zeit die christliche Eidesformel immer noch festhalten wollen, heißt eine Form ohne Inhalt zu etwas Heiligem machen und wenn man beschönigend sagt: der Schwörende könne, auch wenn er den dazu erforderlichen Glauben nicht habe, den christlichen Eid doch leisten, denn er könne sich bei der nachzusprechenden Formel ja denken, was er wolle, — so sei dies eine nicht zu billigende reservatio mentalis. In solcher Zeit, führte der Redner zum Schluß eilend aus, ist es vor Allem die Pflicht der Staatsregierung, namentlich des Justiz- und des Cultusministers, sodann aber auch die der Volksvertretung die Initiative zu ergreifen und der Gewissensnoth der Staatsbürger durch Festlegung einer ihrem sittlichen Bewußtsein wirklich entsprechenden Eidesformel Abhilfe zu schaffen. In Preußen ist dies bisher nicht der Fall gewesen; auch ist eine beratende Abhilfe sobald nicht zu hoffen, da die von der Justizcommission in Aussicht genommene Eidesformel mit der schließlichen Verheuerung: „So wahr mir Gott helfe!“ für alle die, welche den dazu erforderlichen Glauben nicht haben, nicht paßt. Für alle, welche sich also in Hofferichter's Falle befinden, wird es noch lange Zeit nöthig

sein, ihr sittliches Bewußtsein so lebendig wie Hofferichter zu halten und sich auf ein ähnliches Schicksal gefaßt zu machen.

—d. Breslau, 5. April. [Verein zur Hebung der Ziegelinindustrie.] In der Versammlung vom 5. d. M. wurden zunächst Mittheilungen über die gegenwärtigen Kohlenpreise gemacht. Dieselben stellen sich für Großhändler loco Grube bei den verschiedenen Gruben in folgender Weise: Bei Raro-Linengrube: Städtische 40 Pf., Wärfeltische 40 Pf., Ruckeltische 26 Pf., Kleinfische 16 Pf. pro Ctr. (Fracht pro Tonne beträgt nach dem Oberschlesischen und Rechte-Deer-User-Bahnhof 13 Sgr. 4 Pf.); bei Florentinengrube: Städtische 40 Pf., Wärfeltische 40 Pf., Ruckeltische 26 Pf., Kleinfische 16 Pf. pro Ctr. (Fracht pro Tonne nach dem Stadtbahnhof der Rechte-Deer-User-Bahnhof 12 Sgr. 4 Pf., nach dem Dörfel-Bahnhof 11 Sgr. 4 Pf.); bei Königsgrube: Städtische 40 Pf., Wärfeltische 40 Pf., Ruckeltische 26 Pf., Kleinfische 16 Pf. pro Ctr. (Fracht pro Tonne nach dem Oberschlesischen Bahnhof 12 Sgr. 8 Pf.; bei Morgensterngrube: Städtische 40 Pf., Wärfeltische 37 Pf., Ruckeltische 20 Pf. pro Ctr. (Fracht pro Tonne nach dem Rechte-Deer-User-Bahnhof 12 Sgr. 8 Pf.); bei Karlsgrube: Städtische 36 Pf., Wärfeltische 33 Pf. pro Ctr. (Fracht pro Tonne nach dem Oberschlesischen Bahnhof 12 Sgr. 10 Pf.); endlich bei Brandenburggrube: Städtische 40 Pf. und Wärfeltische 38 Pf. pro Ctr. (Fracht pro Tonne nach dem Oberschlesischen Bahnhof 12 Sgr. 4 Pf.). — Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete eine Besprechung der Lohnfrage. Man sprach sich dahin aus, daß ein gemeinschaftlicher Lohnsatz für alle Ziegeleien der Vereinsmitglieder nicht festgesetzt werden könne, weil bei einzelnen Ziegeleien durch verschiedene Umstände abweichende Lohnsätze bedingt werden; wohl aber glaubte man in Rücksicht auf die Conjunction auf einer Herabsetzung der Arbeitslöhne bestehen bleiben zu müssen. Dieselben sollen allmählig wieder auf das Niveau gebracht werden, auf dem sie vor ihrer Steigerung (also etwa vor 5 Jahren) gestanden haben. — Den Schluß der Versammlung bildete eine freie Besprechung.

Breslau, 7. April. Angenommen: Se. Durchl. Prinz Georg zu Schönburg-Carolath a. Schloß Mellenhof. Ihre Durchlaucht Prinzessin zu Schönburg-Carolath nebst Familie dgl. (Zemobl.)

— [Feuersgefahr.] Gestern Nachmittag in der 1. Stunde geriet in einer Kl. Scheinwerferstraße Nr. 24 belegenen Tischlerwerkstätte durch Unvorsichtigkeit beim Heizen die umherliegenden Hobelspäne in Brand, doch gelang es der zuerst eingetroffenen Sanitätsfeuerwache die Gefahr noch vor Anbruch der Hauptfeuerwache zu unterdrücken. — Ein bald darauf im Hause Zwingerstraße Nr. 10/12 durch schlechte Beschaffenheit eines Schornsteines zum Ausbruch gekommener Balkenbrand wurde ebenfalls in kurzer Zeit durch einige Mannschaften der Hauptfeuerwache beseitigt.

— [März-Witterungs-Bericht aus Bunzlau.] Festige Stürme, meist trübe Tage, viel Regen nebst Schnee, sowie ungewöhnlich niedriger Barometerstand und eine höhere mittlere Temperatur als dem Monat normal zukommt, charakterisiren den diesjährigen März. Das Ende Februar herrschende trübe aber lauwarme Wetter währte bis zum 17. März fort, der Winter schien völlig vorüber zu sein, da trat am 17. abermals eine Kälteperiode mit starkem Schneefall ein, die bis zum 25. anhielt, von da ab wurde die Temperatur wieder gelinder und blieb so bis Ende des Monats. Die mittlere Wärme war 2,91° R., in Breslau 3,20° = 0,29° R. wärmer, es ist seit dem November d. J. Breslau zum ersten Mal wieder wärmer wie Bunzlau. Die größte Kälte war am 25. früh bei N. 2 mit -4,5° R., in Breslau am 24. früh mit -2,7° R. = 1,8° R. weniger kalt, die größte Wärme am 29. bei S. 13,5° R., in Breslau gleichzeitig 13,9° R. = 0,4° R. wärmer, die Differenz zwischen den Wärme-Extremen betrug 18,0° R., in Breslau 16,6° R. Im Durchschnitt zeigte das Thermometer des Morgens 1,42° R., in Breslau 1,60° R. = 0,18° R. wärmer, des Nachmittags 5,11° R., in Breslau 4,92° R. = 0,19° R. kälter, und des Abends 2,20° R., in Breslau 13,20° R. = 1,0° R. wärmer. Nur an 8 Tagen sank das Thermometer unter den Frostpunkt. Das Barometer stand beständig in einem niedrigen Stand, der höchste am 30. Abends bei N. betrug nur 330,17", in Breslau am 3ten Abends 331,82" = 1,65" höher, der niedrigste bei S. 4 am 12. Abends 317,99", in Breslau zu derselben Zeit 321,53" = 3,54" höher, diese bedeutende, sonst nicht vorkommende Differenz beweist, daß der Einfluß des orkanartigen Sturmes am 12. sich hier früher wie in Breslau zeigte, aber auch früher aufhörte, da der Unterschied des Barometerstandes am 13. früh nur 0,41" zwischen Bunzlau und Breslau ausmachte. Die Differenz zwischen den Luftdruck-Extremen betrug 12,18", in Breslau nur 10,29". Der mittlere Barometerstand des Monats war 326,57", in Breslau 328,18" = 1,61" höher, im Durchschnitt zeigte das Barometer des Morgens 326,68", des Nachmittags 326,59" und des Abends 326,44", für Breslau betrugen diese Mittel früh 328,23" = 1,60" höher, des Nachmittags 328,23" = 1,64" höher und des Abends 328,10" = 1,56" höher. Die sogenannten Aquinoctialstürme kamen in diesjährigen März zur vollen Geltung, an 14 Tagen den 2., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 22. und 27. waren Stürme, besonders heftig der orkanartige Sturm vom 12. zum 13., die mittlere Intensität des Windes betrug daher auf 1,93. Die mittlere Windrichtung 57° 35' E. gegen W. resultirte aus: 4 N., 1 N.O., 5 O., 10 S.O., 6 S., 25 S.W., 30 W., 12 N.W. Kein Tag des Monats war als völlig heiter, nur 8 Tage als halbheiter zu bezeichnen, 20 waren trübe mit einzelnen Sonnenbliden, 3 dagegen beständig bedeckten Himmels, Regen fiel an 15, Schnee an 9 und Graupeln an 5 Tagen, die Summe dieser atmosphärischen Niederschläge ergab 23,94 Pariser Linien Wasserhöhe, wovon 13,37 Linien auf Regen und 10,57 Linien auf Schnee nebst Graupeln kommen. Nebel erschienen an 5 Tagen, Reif an 4 Morgen.

m. Spottau, 5. April. [Communes. — Vorträge. — Unterhaltungen. — Jubiläum.] In der heutigen Sitzung des Stadterordneten-Collegiums ertheilte dasselbe die Genehmigung zur Errichtung einer von einem Privaten projectirten Trinkhalle an dem südlichen Eingange des Parks, unweit des Sadel'schen Hauses. Die Versammlung gab ferner ihre Zustimmung zu dem mit Herrn Martini abgeschlossenen Vertrage, betreffend die Errichtung eines Damen-Badestades. Hieran gelangte zur Kenntniß, daß der Magistrat für den in Breslau abzuhaltenden Städtetag die Herren Bürgermeister Schenkmeier und Bauinspector Fabian entsende, wonach die Versammlung für denselben Zweck die Herren Stadterordneten-vorsteher Laube und Kaufmann Schibinsky deputirte. Gestern hielt Herr Apotheker Schneider den vierten der von dem wissenschaftlichen Verein veranstalteten öffentlichen Vorträge, wobei derselbe über das Thema: „Wissenschaftliche Grundlagen der öffentlichen Gesundheitspflege“ sprach. — Heute behandelte im Gewerbe-Verein Herr Buchdrucker-Besitzer Wilner das Thema: „Zur Geschichte der Buchdrucker-Kunst.“ Nach dieser Sitzung wählte die Versammlung eine Commission, welche die Vorberatungen über die Errichtung einer Geleisen-Verkehrs-erlebigkeit soll. — Außer den eben angeordneten Vorträgen hat es in den letzten vierzehn Tagen an mancherlei Unterhaltungen und Festsetzungen nicht gefehlt. So gab Herr D. Ritsche ein mit einem vorzüglichen Programm ausgestattetes Symphonie-Concert, das in seinem Verlaufe als höchst erfreulich bezeichnet werden muß. — Durch acht Tage veranstaltete die Kriegerische Kunstfreier-Gesellschaft recht gut besuchte und im Ganzen beifällig aufgenommene Vorstellungen. Selbstverständlich durfte hierbei ein „August“ nicht fehlen. — In der vorigen Woche feierte in Buchwald Herr Lehrer Walther sein 50jähriges Amtsjubiläum, wozu derselbe zahlreiche Glückwünsche und Geschenke Seitens seiner Vorgesetzten, Schüler und Kollegen erhielt.

§ Schweidnitz, 5. April. [Wahlmänner-Versammlung.] Auf Veranlassung der Herren Justizrath Koch und Justizrath Gröger fand heute Nachmittag in der Saale der Braucommune hieselbst eine Versammlung der Wahlmänner des Schweidnitz-Striegauer Wahlkreises statt, die den Zweck hatte, eine Verständigung zwischen den einzelnen Parteien über die am nächsten Sonnabend zu wählenden Abgeordneten herbeizuführen. Nachdem Justizrath Koch (Schweidnitz) auf Wunsch der ca. 200 Theilnehmer zahlenden Versammlung den Vorsitz übernommen und über die bisher in Bezug auf die Wahlen getroffenen Vorbereitungen Bericht erstattet, nahm Kreisrichter Haber (Striegau) das Wort, um die Candidaturen der Herren Baron von Nitzschhofen auf Vargdorf und Staatsanwalt Wachler (Oppeln) den Wählern aufs Wärmste zu empfehlen. Herr Baron v. Nitzschhofen hatte sich brieflich zur Annahme der Wahl bereit erklärt und gleichzeitig seine politische Parteilichkeit als freiconservativ bezeichnet. Demnach hielt Herr Staatsanwalt Wachler, der einer Einladung in subalternem Grade gefolgt war, an die Versammlung eine längere Ansprache, in welcher er zuvörderst für das ehrende Vertrauen dankte, welches ihm Seitens der Wählerchaft entgegengetragen werde, und den Vorurtheilen entgegentrat, welche in Wählerkreisen zum Theil gegen das Beamtenthum anzutreffen sind. So lange nämlich das Abgeordnetenhaus die Arbeitskräfte der Beamten braucht und so lange sich nicht opferwillige Männer außerhalb des Beamtenthums in genügender Anzahl finden, so lange sei kein Grund, einen Mann als Ab-

geordneten um deswillen zu verwerfen, weil er Beamter ist. Ein zweiter Einwand gegen eine Candidatur dürfte der sein, daß er nicht dem Wahlkreise angehört. Allein die Zeiten eines engherzigen Wahlbürgerthums seien vorüber, wir gehören alle einem Vaterlande, einer Provinz an, und überdies habe Redner 35 Jahre im diesseitigen Regierungsbezirk gelebt und gewirkt, ihm seien auch die ländlichen Verhältnisse nicht unbekannt geblieben, als Grundbedingung wie als Vorkundenschaftsrichter habe er hinlänglich Gelegenheit gehabt, dieselben kennen zu lernen. Bezüglich seiner politischen Parteilichkeit führte Redner aus, er sei kein Freund von Programmen. Entweder man stelle ein bestimmtes Programm auf, und man läme nicht selten in die Verlegenheit, nach Eintritt in die Abgeordneten-Versammlung und nach Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse sich ein anderes Urtheil zu bilden, oder man stelle ein ganz farbloses Programm auf, und das erachte er sowohl hinsichtlich der Wählerchaft wie seiner selbst für unwürdig. Wollte man aber seinen Parteilichpunkt im Allgemeinen kennen lernen, so sage er: „Ich gehöre der rechten Seite der national-liberalen Partei an, würde mich dieser Partei im Abgeordnetenhaus anschließen und in diesem Sinne die Regierung Sr. Majestät des Kaisers unterstützen.“ Nachdem der Herr Staatsanwalt sich noch des Näheren über das Wesen, die Ziele und das Wirken der national-liberalen Partei in ausführlicher Weise ausgesprochen, ging derselbe auf die nächsten Aufgaben der Partei, insbesondere auf die Bekämpfung der inneren Feinde, den sogenannten Culturkampf, ein, der nur ausgeglichen und zu Ende geführt werden könne unter der Bedingung, daß die Kirche sich unterwerfe den Gesetzen, unter denen wir Alle stehen. (Bravo) Redner fügte seinen Ausführungen den Wunsch bei, daß es ihm vergönnt sein möchte, sich das Lob zu verdienen, das sein Vorgänger, Herr Kreisgerichtsrath Schoder, sich in reichstem Maße erworben, das man einst, wenn er das ihm freundlichst übertragene Mandat in die Hände seiner Wähler zurüclage, auch von ihm sagen möchte: Er war unser Vertreter, er war ein Ehrenmann! (Bravo.) Die Versammlung, auf welche diese Rede einen zündenden Eindruck machte, genehmigte hierauf auf besonderes Befürworten der Herren Rector Köhler (Striegau) und Justizrath Gröger (Schweidnitz) einstimmig die Candidatur des Herrn Staatsanwalts Wachler und beschloß, in erster Reihe diesem und in zweiter Reihe Herrn Baron v. Nitzschhofen die Stimme zu geben. Nach Schluß der Verhandlung war ein großer Theil der Theilnehmer noch einige Zeit mit dem genannten Herrn Candidaten in geistlichem Verkehr bei einander.

!! Königshütte, 4. April. [Freier pädagogischer Verein.] Am 1. April fand in Wandel's Hotel die ordentliche Generalversammlung des hiesigen „Freien pädagogischen Vereins“ statt. Vor Eröffnung der Sitzung gaben die Versammelten der Mittheilung darüber Ausdruck, daß die hiesigen Stadtverordneten in ihrer letzten Versammlung den Magistrat zu veranlassen beschloßen, den Vorsteher des Turnvereins, Hrn. Civilingenieur Sch., um Beaufichtigung der Thätigkeit der hiesigen Turnlehrer zu ersuchen. — Hierauf eröffnete der Vorsteher, Hauptlehrer Herr Wilsch, die Sitzung. Der Verein zählt nach dem Jahresbericht gegenwärtig 26 Mitglieder, worunter 1 Ehrenmitglied. Die abgehaltenen Sitzungen belaufen sich auf 22. Die Jahresrechnung ergab, daß die Einnahme sich auf 187,80 Mt., die Ausgabe auf 179,09 Mt. belief. Der Vorkurs ist demnach 8,71 Mt. Herr Böhm, bisheriger Rentant, erhielt hierauf Decharge. — Demnach schritt die Versammlung zur Wahl des Vorstandes. Aus derselben gingen hervor: Als Vorsitzender Hauptlehrer Herr Wilsch, als dessen Stellvertreter Hattenmeister Herr Sifora, als Schriftführer Lehrer Herr Elsner, als dessen Stellvertreter Lehrer Herr Lammel, als Rentant Lehrer Herr Kalus, als Bibliothekar Lehrer Hr. Wenzel und als Berichterstatter Lehrer M. Sammlische acceptirten die Wahl unter Versicherung des Bestrebens eifriger Pflichterfüllung. Nachdem endlich noch der Beschluß gefaßt wurde, auch im Sommersemester die Sitzungen immer in je 14 Tagen einmal abzuhalten, schloß der Vorsitzende die Sitzung.

!! Königshütte, 5. April. [Dilettantentheater. — Herren-Essen. — Visitation der evangelischen Schule. — Ründigung.] Von der Ressource „Eintracht“ ist am desloffenen Sonnabend vom Westen der in Oppeln durch die Ueberschwemmung in Noth Gerathenen im Schallischen Saale ein Dilettantentheater veranstaltet worden. — Aus Anlaß der Einführung des Herrn Pastor Spenner in das evangelische Pfarramt hieselbst fand am 2. d., Nachmittag 5 Uhr, im Gasthause des Herrn Wandel ein Herren-Essen statt. Die Theilnehmung daran war eine ungemein große und zwar nicht nur von Seiten der Mitglieder der Kirchengemeinde, sondern auch Seitens solcher Herren, die anderen Glaubensgemeinschaften angehören. — Tags darauf unterzog der Kreis-Schulinspector, Herr Superintendent Schulze, die hiesige sechsclassige evangelische Stadtschule einer eingehenden Visitation, die befriedigende Resultate ergab. — Es cursirt in hiesiger Stadt das, wie es scheint, nicht unbegründete Gerücht, daß hieren, an der höheren Knaben-schule thätigen Lehrern die Ründigung ihrer Pösten zugegangen sei.

□ Gleiwitz, 5. April. [Tageschronik.] Mit dem heutigen Tage ist hieortorts ein Dienstmanns-Institut ins Leben getreten und somit einem lange gefühlten Bedürfnisse Abhilfe geschafft worden. Das Institut besteht unter persönlicher Verantwortlichkeit des Königl. Lazareth-Inspectors a. D. H. Löbinger aus Weichen D.-S. Zur Tarification in die Stadt in zwei Zonen eingetheilt worden. Die 1. Zone umfaßt: die gesammte alte Stadt mit ihren Vorstädten südlich vom Koonitz-Canal und dem Neumarkt, die 2. Zone umfaßt das gesammte städtische Terrain nördlich vom Koonitz-Canal einschließlich des Königl. Hüttenbezirks und Colonie Petersdorf, städtisch, bis zur Striepischen Wessung und der Leineweber'schen Fabrik. Für jede Bestellung eines mündlichen Auftrages oder Briefes innerhalb einer Zone sind 10 Pf., innerhalb beider Zonen 15 Pf. zu entrichten. Die Dienstmannen sind verpflichtet, gleichzeitig Pakete oder sonstige Lasten bis zum Gesamtgewicht von 2½ Kilogramm nach dem auf dem Briefe oder mündlich angegebenen Bestimmungs-orte zu befördern, ohne dafür eine besondere Vergütung beanspruchen zu dürfen. Für Transport von Gepäc und sonstigen Lasten über 2½ Kilogr. treten höhere Sätze ein, wie solche durch die Polizei-Verordnung vom 11. März 1876 vorgeschrieben sind. — Gestern Nachmittag wurde ein armer, hochbejahrter Mann, auf der Bahnhofstraße von einem großen Hunde — Bernhardiner-Race — derselbe trug einen Mantel — mit solcher Wucht zu Boden geworfen, daß er eine Verletzung des linken Unterarms erlitt und durch Vermittelung der hiesigen Polizei alsbald im städtischen Krankenhaus untergebracht werden mußte. Da dieser Fall nicht vereinzelt dastehen soll, so dürfte der Beiziger dieses bössartigen Hundes wohl zur Abschaffung desselben veranlaßt werden und auch einer Verstrafung nicht entgehen.

○ Von der Landeck, 5. April. [Zur Tageschronik.] Zuförderst habe ich mitzutheilen, daß von den am 30. v. M. in der Oder bei Koblau verunglückten Personen am 3. d. M. 3 Leichen circa ¼ Meile von der Unglücksstätte aufgefunden wurden. Durch eine Extra-Beilage weist das tgl. Landrats-Amt zu Ratibor die Gemeindevorstände der an der Oder belegenen Ortschaften an, durch geeignete Personen die Oder abjuchen zu lassen, die etwa angeschwommenen Leichen in Verwahrsam zu nehmen und davon das Amts-Vorsteher-Amt zu Schillersdorf oder das Landrats-Amt sofort in Kenntniß zu setzen. Dasselbe Blatt bietet um gütige Beiträge (zur Unterstützung der Hinterbliebenen (an obige Behörde einzusenden und v. m. am Schluß: „Allein Grünberger hat eine arme, hilflose, ihrer Einbindung entgegengehende Frau mit zehn — unterjochten Kindern hinterlassen.“ — Die auf der Oder bei Koblau stattgefundene Katastrophe giebt Veranlassung, eine wichtige Frage anzuregen. Es vermittelte nämlich die Kahn- und Platten-überfahre bei Koblau die Verbindung zwischen Preußen und Oesterreich. Es passiren dieselbe noch jetzt täglich circa 600 Fußgänger und bei niedrigem Wasserstand circa 30—40 Lastwagen epl. anoner Fuhrwerke; diese alle sind preussische Unterthanen, die in Oesterreich in den diversen Kohlenruben, Zinkhütten, Thon-, Soda- und Petroleumfabriken, Bahnhöfen, Ziegeleien, Bajal- und Sandhiebbränden u. ihr tägliches Brod verdienen. Von den Fußgängern hat tarifmäßig jeder 4 Pf., von den Fuhrwerken jeder 40 Pf. an Fußgeld zu entrichten. Wenn nun eine Brücke bei Koblau oder Perzlowitz (nur ¼ Meile von einander) gebaut würde, (dieselbe würde sich der hohen Ufer wegen sehr gut anbringen lassen) mit Vergütung würde jeder Passant einen entsprechenden Zoll zahlen und hätte außerdem noch zum Vortheil direct und bei jedem Wasserstand passiren zu können und keiner Gefahr ausgesetzt zu sein. Entschieden würde sich eine Brücke bei Koblau oder Perzlowitz besser rentiren, als so manche Chaussee im Kreise. Besonders würde die Ratiborer Kreis-Chaussee Perzlowitz-Troppau ihre Rechnung finden, da alles Fuhrwerk von Ostira nach Troppau nur die Brücke resp. die genannte Chaussee passiren würde und zwar weil der Weg durch Preußen hindurch viel näher und ebenere Chaussee Straße ist, wogegen es auf der Kaiserstraße bedeutend weiter ist und dabei sehr hohe Berge zu passiren sind. Die maßgebende Behörde könnte daher nichts Zweckmäßigeres thun, als durch den Bau einer Brücke Abhilfe schaffen.

Handel, Industrie &c.

—d. Breslau, 6. April. [Kaufmännischer Verein.] Auf der Tagesordnung der am 5. d. Mts. im kleinen Saale der neuen Börse unter-

dem Vorsitz des Herrn B. B. Grüttnet abgehaltenen Versammlung stand die Verhandlung über Vorschläge der Verkehrs-Commission zur Verbesserung des Betriebs-Reglements der Eisenbahnen. Als Referenten der Verkehrs-Commission fungirten die Herren Kreisrichter und Schiffer. Die Commission hat sich, wie Herr Kreisrichter ausführte, gerade jetzt dieser Arbeit unterzogen, weil das Reichs-Eisenbahn-Amt gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines neuen Betriebs-Reglements beschäftigt ist. In Folge dieses letzteren Umstandes könne man sich der Hoffnung hingeben, daß berechtigten Wünschen des Publikums Gehör geschenkt werden werde. Die an die einzelnen Abänderungsvorschläge der Commission sich anschließende Debatte war eine rege und lebhaft. Wir beschränken uns darauf, die einzelnen Anträge, welche zur Annahme gelangten, zu registriren. Zu § 47 des Betriebs-Reglements, welcher in seinem Eingange lautet: „Die Eisenbahn ist nicht verpflichtet, Gut zum Transport zu übernehmen, welches nicht ordnungsmäßig oder gar nicht verpackt ist, ungeachtet seine Natur eine Verpackung zum Schutze gegen Verlust oder Beschädigung auf dem Transporte erfordert“, beantragt die Commission Streichung der Worte „Verlust oder“. Nach langer Debatte wird dieser Antrag angenommen. § 50 Nr. 2 des Betriebs-Reglements bestimmt unter Anderem: „Den Anträgen auf bahnsseitige Feststellung der Stückzahl oder des Gewichts der Güter in Wagenladungen muß die Eisenbahn gegen eine von der Aufsichtsbehörde festzusetzende Gebühr nachkommen, sofern die Güter vermöge ihrer Beschaffenheit eine derartige Feststellung ohne erheblichen Aufenthalt ermöglichen, beziehungsweise sofern die auf dem Bahnhof vorhandenen Wägebearrichtungen dazu ausreichen.“ Hierfür beantragt die Commission folgende Fassung: „Die Bahndirektoren haben die Verpflichtung, auch bei selbsteingeladenen Gütern die Stückzahl festzustellen und zu übernehmen, ohne dafür eine besondere Gebühr zu verlangen.“ Dieser Antrag wird angenommen. § 50 Nr. 5 Al. 2 des Betriebs-Reglements lautet: „Dieses Duplicat (nämlich des Frachtbriefes) hat nicht die Wirkung des Gut aus begleitenden Frachtbriefes oder eines Ladeheims.“ Die Commission beantragt die Streichung des Wortes „nicht“. Nach einer lebhaften Opposition findet dieser Antrag schließlich doch Annahme. Dagegen wird der zu § 54 des Betriebs-Reglements von der Commission gestellte Antrag: „Für Spesen, die dem Gute nachgenommen werden, entstehen, wenn nachgewiesen wird, daß dieselben durch Vorfracht entstanden sind, keine Kosten“, von der Versammlung abgelehnt. Der zu demselben Paragraphen gestellte Antrag: „Die Höhe der Vorfrächte wird nicht beschränkt“, wird angenommen. § 59 Al. 1 des Betriebs-Reglements lautet: „Die Eisenbahn ist verpflichtet, am Bestimmungsorte dem durch den Frachtbrief bezeichneten Empfänger den Frachtbrief und das Gut auszuliefern. Nachträgliche Anweisungen des Absenders wegen Zurückgabe des Gutes oder Auslieferung desselben an einen anderen als den im Frachtbriefe bezeichneten Empfänger hat die Eisenbahn so lange Folge zu leisten, als sie letzterem nach Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte den Frachtbrief noch nicht übergeben hat. Der Absender hat in diesem Falle auf Erfordern das ihm etwa ausgestellte Frachtbrief-Duplicat oder den Aufnahmschein zurückzugeben.“ Hierzu beantragt die Commission, statt der Worte „auf Erfordern“ zu setzen, die Verpflichtung. Nach ausführlicher Motivirung Seitens des Referenten wird der Antrag angenommen. Al. 7 des § 59 des Betriebs-Reglements lautet in seinem Ausgange: „Die Befugniß der Empfänger, ihre Güter selbst abzuholen oder durch andere als von der Bahndirektion bestellte Fuhrunternehmer abholen zu lassen, kann von der Eisenbahn im allgemeinen Verkehrs-Interesse mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde beschränkt oder auch aufgehoben werden.“ Die Commission beantragt folgende Fassung: „Die Befugniß der Empfänger, ihre Güter selbst abzuholen oder durch andere als von der Bahndirektion bestellte Fuhrunternehmer abholen zu lassen, kann von der Eisenbahn niemals beschränkt oder aufgehoben werden.“ Dieser Antrag wird ohne Discussion angenommen. Die weitere Verhandlung des Betriebs-Reglements mußte hierbei unterbrochen werden, da die Zeit bereits zu weit vorgeschritten war. Diefelbe soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Berlin, 6. April. Obgleich in diesem Jahre die Börsen nicht wie im vorigen Jahre um diese Zeit durch Kriegsgeräthe beunruhigt sind, so bleibt doch der diesjährige Geschäftsverkehr sehr weit hinter jenem der entsprechenden Periode des Vorjahres zurück. Zu unseren jüngsten Tagesberichten mußten wir wiederholtlich die Geringsfügigkeit der geschäftlichen Transactionen constatiren. Es war auf keinem Gebiete ein derartiger Aufschwung zu bemerken, wie er in früheren Jahren stets die Auszahlung des April-Coupon begleitet hatte. Die im April-Termine liquide gewordenen Capitalien sind der Börse nur zum kleinsten Theile zugefloßen und wurden meist nur in den neueren Emissionen von Preussischen Eisenbahnprioritäten angelegt. Wohl belebten sich Preussische Fonds und andere deutsche Staatspapiere etwas, die Bewegung in diesen Werthen scheint aber ihren Höhepunkt schon überschritten zu haben. Im Allgemeinen kann Geld indeß nicht gerade knapp genannt werden, wenn auch, wie wir schon vor einigen Tagen erwähnten, die Disconten in Augenblick weniger zugänglich sind. Die wiederholte Herabsetzung der Minimalrate der Bank von England (heute wurde die Ermäßigung des Discontos auf drei Procent gemeldet) wird auch in dieser Hinsicht unserem Plage vorthellbringend sein. Der nach und nach sich Bahn brechenden Festigkeit auf internationalem Gebiete lagen zumest Deductionsläufe zu Grunde, die sich eifriger vollzogen, weil man vom Abschlusse der ägyptischen Anleihe einen befriedigenden Einfluß auf die fremden Plätze in Aussicht nimmt. Die internationalen Speculationspapiere gingen mächtig um und behaupteten sich unter verschiedenen kleinen Schwankungen auf geistigem Courspfade. Oesterreichische Nebenbahnen waren recht fest. Locale Speculationspapiere fanden wenig Beachtung. Disconto-Commandit 120,90, ultim. 119½ — 120½ — 120½, Dortmund Union 9,30, Laurahütte 59,10, ult. 58,40 — 58,75. Auswärtige Staatsanleihen trugen einen ziemlich festen Charakter und zeigten Neigung höher zu geben. Oesterreichische Renten unverändert, Türken schwach. Russische Werthe niedriger. Preussische und andere deutsche Staatspapiere ruhiger, aber fest. Einheimische Prioritäten in gutem Verkehre und vielfach höher, fremde Prioritäten wohl fest, aber still. Auf dem Eisenbahncapitalmarkt stagnirte das Geschäft fast ganz. Schwere Actien ließen meist nach. Anhalter schwächer, auch Potsdamer wenig fest, nur Stettiner höher. Leichte Bahnen vernachlässigt. Rumänen unverändert, Halle-Sorauer gingen zu höherem Course lebhaft um, Gera-Plaue lebhaft. Bantack ruhig. Centralbahn für Industrie zog etwas an, Preuss. Hypothek. (Spielhagen) und Hübner rege bei steigender Notiz, Deutsche Bank belebt und ebenso wie Coburger Credit, für die ziemlich lebhaft Nachfrage sich zeigte, anziehend. Sächsische Bank besser, Solener Provinz- und Braunschw.-Bannob. Hypothek beliebt, Preuss. Discontobank höher, Preuss. Bodencredit lebhaft zu unveränderter Notiz, Centralbank für Genossenschaften gesucht, Schaaffhausen beliebt. Industriepapiere meist geschäftlos. Charlottenburger Pferdebahn beliebt, Pferdebahn unverändert, Viehhof sehr still, Centralstr., Westfalia, Germania und Dammener Cautum begehrt, Flora höher. Victoriahütte gesucht. Donnersmard steigend, Centrum höher, Seltentischen mattr, Louise gedrückt. Wechsel fest, mit Ausnahme von London. — Um 2½ Uhr: Fest. Credit 268½, Lomb. 174, Franzosen 468, Reichsbank 156½, Disconto-Commandit 121, Dortmund Union 9,30, Laurahütte 58½, Köln-Mindener 101, Rheinische 115, Bergische 80½, Rumänen 23,60. (Bank u. S.-Z.)

Manchester, 2. April. [Garne und Stoffe.] Obgleich seit Datum unseres letzten Berichts eine ruhigere Stimmung vorgeherrschte, hat in den meisten Branchen eine ziemlich gute Durchschnittsfrage bestanden, jedoch mit ununterbrechbarer Abneigung betreffs größerer Operationen, während hinsichtlich einer Besserung der Wechselcourse Unsicherheit fortdauert. Die Producenten haben in der Regel fest auf ihren Notirungen bestanden, obgleich während der letzten Tage sich Symptome zeigten, die auf eine Willigkeit betreffs Gewährung geringer Concessionen schließen ließen.

Garne. Für Export-Qualitäten bestand guter Begehr, die für viele Gespinnste geforderten hohen Preise haben jedoch das Geschäft beschränkt. In ostindischen Mule Twists Nr. 40 haben bedeutende Umsätze stattgefunden. Für mittlere und beste Gespinnste von Water Twists bestand guter Begehr, Vorräthe sind geräumt und Spinner gut engagirt. Mod ist seltener gehandelt worden, Preise sind aber fest.

Stoffe. Der Begehr nach 39inches Shirtings ist ein geringer gewesen, obgleich in den geringeren Qualitäten eine gelegentliche Besserung zu verzeichnen ist und Preise derselben fest sind. Mittlere und beste Sorten gehen sehr langsam ab. Für Madapolams, Jacquets und Mull ist der Begehr sehr klein gewesen und Vorräthe sammeln sich an. In T. Cloths, den common Sorten, haben wenig Umsätze stattgefunden, für geringe Mexicans bestand aber eher etwas mehr Begehr. Die geringen Preise für Drills haben mehr Käufer herbeigeführt, den 14 und 15 Pf. sind bedeutende Vorräthe vorhanden. Jeans und Sheatings sind ganz außer Frage.

Schwarze Belvets und Belvets nominell unverändert, die Flaueit des Begehrs veranlaßt viele Fabrikanten ihre Aufmerksamkeit auf andere Stoffe zu richten. Vorkreise Stoffe. In Folge des theuren und knappen Rohmaterials halten Preise sich höher als durch den Begehr gerechtfertigt ist; die Umsätze sind gänzlich unbedeutend.

